

# Die zehn wichtigsten Fragen zum „Pakt für Deutschland“

Die Mitte.



**CDU**

# Die zehn wichtigsten Fragen zum „Pakt für Deutschland“

## 1. Warum war dieser „Pakt für Deutschland“ notwendig?

Deutschland steckt in einer besonderen Krise. Die Krise der internationalen Finanzmärkte und der Weltwirtschaft hat ein Ausmaß und eine Tiefe erreicht, wie wir sie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht erlebt haben. Das Bruttoinlandsprodukt ist im vierten Quartal 2008 bereits um 2,1 Prozent gegenüber dem dritten Quartal zurückgegangen. Im gesamten Jahr 2009 wird es nach Berechnungen der Bundesregierung um 2,25 Prozent zurückgehen. Zum Vergleich: Seit 1949 ist das Bruttoinlandsprodukt noch nie um mehr als 1 Prozent gesunken.

Die Folgen der Krise sind bereits deutlich spürbar: Die Kreditvergabe der Banken ist ins Stocken geraten. Darunter leiden viele Unternehmen und Mittelständler, die Schwierigkeiten haben, Kredite zu bekommen. Dazu haben Grundpfeiler unserer Wirtschaft wie die Autoindustrie oder der Maschinenbau mit massiven Einbußen beim Auftragsengang beziehungsweise beim Absatz zu kämpfen.

All diese Entwicklungen haben ein Maßnahmenpaket notwendig gemacht, den „Pakt für Deutschland“. Das Ziel der CDU ist: Wir wollen Deutschland nicht nur gut durch diese Krise führen, sondern unser Land soll nachher besser dastehen als vorher.

Gleichzeitig sind wir sicher: Dies ist keine Krise der ökonomischen, sozialen und finanziellen Grundstrukturen Deutschlands. Unsere Wirtschaft ist stark, ihre Produkte sind weltweit wettbewerbsfähig. In den letzten drei Jahren sind über 1,5 Millionen zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Deutschland ist High-Tech-Land mit hervorragend ausgebildeten Fachkräften. Die sozialen Sicherungssysteme sind durch die Strukturreformen der unionsgeführten Bundesregierung krisenfester gemacht worden. Die öffentlichen Gesamthaushalte sind ins Lot gebracht worden.

## 2. Was wurde genau beschlossen?

Das Maßnahmenpaket lässt sich in drei große Bereiche unterteilen: Sicherung von Arbeitsplätzen, Entlastung von Bürgern und Investitionen in Bildung und Infrastruktur

### Sicherung von Arbeitsplätzen

Die Bundesregierung hat einen Rettungsschirm für Unternehmen gespannt: Gesunde Unternehmen, die wegen der Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe zurzeit keine Kredite oder nur zu schlechten Konditionen bekommen, erhalten Bürgschaften vom Bund und Kredite von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Dafür steht ein Bürgschaftsvolumen in Höhe von 100 Milliarden Euro zur Verfügung, das über das bei der KfW bereits laufende Sonderprogramm für den Mittelstand in Höhe von 15 Milliarden Euro hinausgeht.

Gleichzeitig hilft die Bundesregierung Betrieben, in dieser konjunkturell schwierigen Phase Beschäftigte zu halten und nicht zu entlassen. Sie hat dazu zum 1. Januar 2009 die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld von 12 auf 18 Monate verlängert.

Gleichzeitig übernimmt der Bund mindestens die Hälfte der von den Unternehmen für die Kurzarbeiter allein zu entrichtenden Sozialversicherungsbeiträge. Und er übernimmt sie ganz, wenn die Zeit der Kurzarbeit für Fortbildung genutzt wird.

Schließlich stehen für die Jahre 2009 und 2010 zusätzlich über zwei Milliarden Euro für Fortbildung und Qualifizierung bereit: für Beschäftigte in Kurzarbeit, aber auch für junge Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss sowie für junge Menschen, die schon sehr lange einen Ausbildungsplatz suchen. Dafür sowie für zusätzliche Vermittlung und Betreuung erhalten die Arbeitsagenturen 5 000 neue Stellen.

### Entlastung der Bürger

Die Bürger werden 2009 und 2010 um insgesamt 18 Milliarden Euro durch die Senkung von Sozialbeiträgen und Steuern entlastet.

- Bei der Einkommensteuer wird der Eingangssteuersatz von 15 Prozent auf 14 Prozent gesenkt.
- Der Grundfreibetrag wird ebenfalls rückwirkend zum 1. Januar 2009 von 7.664 Euro auf 7.834 Euro und ab dem 1. Januar 2010 auf 8.004 Euro erhöht.
- Zudem wird die Tarifkurve in zwei Stufen um insgesamt 730 Euro verschoben. Damit wird der sogenannten „kalten“ Steuerprogression begegnet, die einen großen Teil von Lohnsteigerungen minimiert. Im Zuge dessen gilt der Spitzensteuersatz von 42 Prozent rückwirkend ab dem 1. Januar 2009 erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 52.552 Euro, ab dem 1. Januar 2010 ab 52.882 Euro.
- Darüber hinaus sinken die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Juli 2009 um 0,6 Prozentpunkte. Dies entlastet Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Rentner gleichermaßen.
- Schließlich werden Familien durch einen einmaligen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind weiter gestärkt. In Familien, die auf das Arbeitslosengeld II angewiesen sind, wird der Regelsatz für die 6- bis 13-jährigen Kinder erhöht.

### Investitionen in Bildung und Infrastruktur

Für bessere Kitas und Schulen, neue Straßen und Krankenhäuser stellt der Bund rund 14 Milliarden Euro bereit. Davon fließen vier Milliarden in Bundesinvestitionen wie Autobahnen und 10 Milliarden in ein kommunales Investitionsprogramm. Die Länder geben weitere 3,3 Milliarden dazu. Mindestens die Hälfte der insgesamt über 17 Milliarden soll noch in diesem Jahr ausgegeben werden. Dafür wird das öffentliche Auftragswesen vereinfacht.

Der Schwerpunkt des kommunalen Investitionsprogramms liegt klar im Bildungsbereich. Denn viele Kindergärten, Schulen und Hochschulen sind sanierungsbedürftig. Die Ausstattung der Labore für den

naturwissenschaftlichen Unterricht entspricht oftmals nicht dem Stand der Technik. Hier setzt das Investitionsprogramm an.

Darüber hinaus fehlt es derzeit vielen Unternehmen an Mitteln für Forschung und Entwicklung. Um diese Lücke zu schließen, stellt der Bund den mittelständischen Unternehmen in diesem und im kommenden Jahr jeweils 450 Millionen Euro für Forschungsvorhaben zur Verfügung.

Die deutsche Autoindustrie ist ein Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft. Um der Branche wieder auf die Beine zu helfen, soll die zuletzt massiv zurückgegangene Pkw-Nachfrage gestärkt werden: Wer sein mindestens neun Jahre altes Auto verschrottet, erhält beim Kauf eines umweltfreundlichen Neuwagens eine Umweltprämie von 2.500 Euro. Die Regelung gilt bis Ende 2009. Profitieren können von ihr alle Altwagenbesitzer, die ihr Auto seit über einem Jahr haben. Gleichzeitig sind für zukunftssträchtige Fahrzeugantriebe mit Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie in den nächsten zwei Jahren 500 Millionen Euro an Förderungen und Krediten vorgesehen.

Schließlich investiert die unionsgeführte Bundesregierung in schnelle Internetanbindungen für alle. Denn Breitbandverbindungen fürs Internet sind für das Wachstum heute mindestens genauso wichtig wie gute Straßenverbindungen. Das Maßnahmenpaket sieht deshalb vor, noch vorhandene Versorgungslücken bis Ende 2010 zu schließen. Das Ziel: Ob leitungsgebunden oder funkgestützt, bis spätestens 2014 sollen drei Viertel aller Haushalte, bis 2018 alle Haushalte über Internetanbindungen verfügen können.

### 3. Wie wird Deutschland von den Maßnahmen profitieren?

Mit dem Rettungsschirm für Unternehmen bekommen Firmen wieder die Chance, Kredite aufzunehmen. Damit haben sie Planungssicherheit. Das bedeutet, sie können produzieren, investieren und Forschung und Entwicklung vorantreiben und damit auch Arbeitsplätze sichern.

Die weiteren Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen, wie etwa die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, haben gleich mehrere Effekte. Es werden nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern damit auch das Wissen und die Fähigkeiten der Arbeitnehmer. Die verschiedenen Investitionen sichern ebenfalls Arbeitsplätze und schaffen neue, gerade im Mittelstand und Handwerk. Gleichzeitig werden damit auch Forschung und Entwicklung gefördert.

Die Entlastungen für die Bürger sollen dazu helfen, den Konsum zu stützen. Darüber hinaus werden mit der Senkung des Krankenkassenbeitrages auch die Arbeitskosten gesenkt und damit wiederum Beschäftigungschancen verbessert.

#### 4. Was ändert sich für die Bürger?

Die größte Änderung: Die Bürger haben durch die Senkung der Steuern und Beiträge mehr Geld in der Tasche. Und das betrifft nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Rentner.

Mit der Umweltprämie für neue PKW haben Besitzer von alten Autos zudem die Möglichkeit, beim Kauf eines umweltfreundlichen Neuwagens 2.500 Euro Zuschuss zu bekommen.

Gleichzeitig profitieren alle von den Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze ebenso wie von den Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Denn das bedeutet bessere Kindergärten und Schulen für unsere Kinder, bessere Straßen und schnelle Internetverbindungen für alle.

#### 5. Wie soll das Maßnahmenpaket bezahlt werden?

Das Maßnahmenpaket kostet insgesamt etwa 50 Milliarden Euro in diesem und im kommenden Jahr. Mit den bereits vorher beschlossenen Maßnahmen werden insgesamt 80 Milliarden Euro zur Überwindung der Krise und Modernisierung unseres Landes investiert. Diese Ausgaben müssen über neue Staatsschulden finanziert werden.

Dennoch hält die unionsgeführte Bundesregierung an ihrem Ziel einer langfristig soliden Finanzpolitik fest. Zusammen mit den Ländern soll deshalb noch in dieser Legislaturperiode eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert werden. Ab 2016 muss der Bund seine Neuverschuldung auf höchstens 0,35 Prozent des Bruttoinlandprodukts beschränken. Die Länder dürfen von 2020 an in wirtschaftlich normalen Zeiten keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Ausnahmen sind nur etwa bei Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen zulässig. Die Schulden müssen in Aufschwungphasen zurückgeführt werden.

Zudem gibt es einen Tilgungsfonds für die Investitionsausgaben, die mit dem Maßnahmenpaket verbunden sind. Dieser Fonds wird bereits ab dem Jahre 2010 durch Teile der Bundesbankgewinne zurückgezahlt. Damit wird die Politik ihrer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen gerecht.

#### 6. Wo haben sich CDU und CSU bei diesem Maßnahmenpaket durchgesetzt?

Die Union hat klar gemacht: Auch in einer Zeit, in der der Staat stärker Verantwortung übernehmen muss, müssen die Kräfte des Marktes erhalten und wo immer möglich gefördert werden. Für die CDU waren in den Verhandlungen für das Maßnahmenpaket die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft Richtschnur, um die Potenziale für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung auszubauen. Die wichtigsten, in der Erfurter Erklärung des CDU-Bundesvorstandes vom Januar 2009 festgelegten Forderungen konnten umgesetzt werden:

- Der Schwerpunkt aller Maßnahmen liegt klar im Bereich Bildung. Zwei Drittel der Investitionen fließen in die Modernisierung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen.
- Die CDU hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitgeber von Abgabensenkungen gleichermaßen profitieren. Insgesamt haben die Arbeitnehmer mehr netto und gleichzeitig werden in den Unternehmen neue Anreize für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen gesetzt.

- Die Union hat Steuererhöhungen erfolgreich verhindert. Das wäre in der aktuellen Lage genau das falsche Signal gewesen. Die SPD wollte die Steuern für Leistungsträger erhöhen.
- Gleichzeitig hat die Union erreicht, dass durch die Anhebung des Grundfreibetrages und den Einstieg in den Abbau der „Kalten Progression“ die Steuerlast für die Bürgerinnen und Bürger gesenkt wird.

Für die CDU war insgesamt wichtig: Die aktuelle Krise ist eine besondere Krise. Hier helfen die Selbstreinigungskräfte des Marktes nicht mehr alleine, sondern hier muss der Staat eingreifen, um Märkte überhaupt funktionsfähig zu halten. Das ist Ordnungspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Im Moment würden Märkte in kürzester Zeit zusammenbrechen, wenn der Staat nicht helfen würde.

## 7. Was hat die unionsgeführte Bundesregierung bereits vor dem „Pakt für Deutschland“ gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise getan?

Bereits vor Beginn der internationalen Finanzmarktkrise hat die von CDU und CSU geführte Bundesregierung Deutschland fit für die Zukunft gemacht. Dazu zählt eine solide Finanzpolitik, die überhaupt erst die Spielräume für die Maßnahmenpakete gegen die Krise geschaffen hat. Dazu zählen Milliarden-Investitionen in Bildung und Forschung. Dazu zählen Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen wie etwa die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung, die Reform der Unternehmenssteuer oder der Bürokratieabbau. Dazu zählt aber auch eine umfangreiche Politik für die Familien: Die unionsgeführte Bundesregierung hat das Elterngeld eingeführt, das Kindergeld erhöht, den Kinderfreibetrag angehoben sowie den Ausbau der Kinderbetreuung und das Betreuungsgeld ab 2013 beschlossen. All diese Maßnahmen haben Deutschland gestärkt.

Die Finanzmarktkrise begann Ende 2006 mit dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes in den USA. Viele Menschen, die sich mit günstigen Krediten ein Haus gekauft hatten, konnten ihre Kredite

nicht mehr zurückzahlen. Amerikanische Banken vermeldeten Zahlungsausfälle in Rekordhöhe. Damals schien das Problem noch lösbar.

Zwei Jahre später, im Herbst 2008, erreichte die Finanzmarktkrise dann mit der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers ihren ersten Höhepunkt. Mit der Insolvenz brach eine Panikwelle auf den internationalen Finanzmärkten aus, der Geldfluss kam nahezu zum Erliegen, die Kreditinstitute liehen sich kaum noch Geld. In der Folge brachen weitere Banken zusammen, Staaten sprangen mit Milliardenpaketen zur Rettung ein.

Als ersten Schritt garantierte die Bundesregierung daraufhin zunächst allen Bürgern, dass ihre Spareinlagen bei Banken im Einlagensicherungsfonds sicher sind.

Als zweiten Schritt brachte sie ein Finanzmarktstabilisierungsgesetz auf den Weg, um das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherzustellen und den Geschäftsverkehr zwischen den Finanzinstitutionen wieder in geordnete Bahnen zu lenken.

Als dritten Schritt beschloss die von der Union geführte Bundesregierung dann im Dezember ein erstes Maßnahmenpaket zur Konjunkturstabilisierung, zur Wachstumsstärkung und zur Beschäftigungssicherung. Bund und Länder investieren damit 32 Milliarden Euro. Die Bundesregierung geht davon aus, dass mit diesem Geld insgesamt 50 Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst werden. Die wichtigsten Eckpunkte des Pakets:

- Die staatliche KfW Bankengruppe soll die Kreditversorgung der Wirtschaft sichern. Bis Ende 2009 wird ein zusätzliches Finanzierungsinstrument von bis zu 15 Milliarden Euro geschaffen.
- Privathaushalte sollen doppelt so hohe Handwerker-Rechnungen von der Steuer absetzen können wie bisher – 1200 statt 600 Euro pro Jahr.
- Käufer eines neuen Autos werden von der Kfz-Steuer befreit, wenn ihr Fahrzeug zwischen dem 5. November 2008 und Ende Juni 2009 erstmals zugelassen wird. Die Kfz-Steuer entfällt ein Jahr lang für alle Neuwagen.

- Die Infrastrukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen werden um 3 Milliarden Euro aufgestockt.

## 8. Warum rettet der Bund die Finanzinstitute in Deutschland und nicht auch alle anderen Unternehmen?

Banken und Sparkassen sind eine Lebensader unserer Volkswirtschaft. Die Finanzinstitute in Deutschland sind dabei eng miteinander verbunden, insbesondere durch gegenseitige Kreditvergabe. So besteht die Gefahr, dass bei Insolvenz eines sogenannten systemrelevanten Instituts der gesamte Finanzbereich in eine Schieflage geraten könnte. Damit wären die Ersparnisse breiter Bevölkerungskreise ebenso gefährdet, wie die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten.

Die Insolvenz der amerikanischen Bank Lehman Brothers hat einen Eindruck von den Folgen einer solchen Bankpleite vermittelt. Danach nahm die internationale Finanzkrise eine dramatische Entwicklung. Fast alle Fachleute sind sich inzwischen darüber im Klaren, dass es ein großer Fehler der amerikanischen Regierung war, Lehman Brothers nicht aufzufangen. Die Bundesregierung sichert also nicht die Finanzinstitute „aus Liebe“ zu dieser Branche ab, sondern um die Ersparnisse und Altersvorsorge der Bevölkerung zu sichern und die weitere Kreditvergabe an die Wirtschaft zu ermöglichen.

## 9. Überzogene Bonizahlungen bei den Banken sollen die Finanzkrise mit beeinflusst haben. Was wird die von CDU und CSU geführte Bundesregierung tun, um hier Änderungen zu erreichen?

Bereits im Sommer des vergangenen Jahres hat der Koalitionsausschuss eine aus zehn Mitgliedern bestehende Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich Ende Januar 2009 auf sechs konkrete Maßnahmen zur Änderung des Aktien- bzw. Handelsgesetzbuches geeinigt hat. Diese Maßnahmen könnten noch vor den Parlamentsferien verabschiedet werden. Un-

ter anderem ist vorgesehen, dass in Zukunft bei der Festlegung von Managergehältern langfristige Komponenten wie die gesamte Lage der Gesellschaft zu berücksichtigen sind. Aktienoptionen, die zum Teil ein wesentlicher Bestandteil von Managergehältern sind, sollen nicht wie zurzeit nach zwei Jahren, sondern erst nach vier Jahren eingelöst werden können. Die Möglichkeiten für den Aufsichtsrat bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung Managergehälter zu kürzen, werden erleichtert und die Transparenzpflichten an Managergehälter verbessert. Außerdem soll in Zukunft der gesamte Aufsichtsrat über Managergehälter entscheiden und nicht, wie heute in vielen Aktiengesellschaften üblich, nur ein kleiner Ausschuss.

## 10. Was muss jetzt international getan werden, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt?

Die aktuelle Finanzkrise ist die erste umfassende Weltwirtschaftskrise in der Zeit der heutigen Globalisierung. Sie geht uns alle an. Deshalb kann diese internationale Krise auch nur international überwunden werden.

Es hat sich in der internationalen Finanzmarktkrise gezeigt, dass es der Weltwirtschaft an einem ausreichenden Rahmen fehlt. Die CDU ist der Überzeugung, dass die grundlegenden Standards der Sozialen Marktwirtschaft, die uns in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten Freiheit, Wohlstand und Sicherheit gebracht haben, auch das Fundament für einen internationalen Ordnungsrahmen bilden müssen. Deshalb tritt die CDU innerhalb und außerhalb der EU konsequent für die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen für die globalen Märkte ein.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund bereits umfangreiche Initiativen im Rahmen der EU, der G 7 und in letzter Zeit der G 20 Staaten ergriffen. Letztlich geht es um mehr Transparenz und mehr Reglementierung im Finanzbereich, und zwar nur im Finanzbereich und nicht im Bereich der übrigen Wirtschaft. Im Mittelpunkt

der Überlegungen und Initiativen stehen folgende Maßnahmen:

- Bei der Frage der Verbesserung der nationalen und internationalen Finanzaufsichten macht die Union sich dafür stark, die gesamte Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank zu konzentrieren und schrittweise eine europäische Aufsicht bei der Europäischen Zentralbank zu schaffen.
- Hedge-Fonds und Ratingagenturen müssen ebenso mehr Transparenz und Reglementierung erhalten. Auch sogenannte Steueroasen sollen ein Mindestmaß an Transparenz und Reglementierung ermöglichen.
- Alle Risikogeschäfte eines Finanzinstitutes müssen aus der Kernbilanz sichtbar und mit entsprechendem Eigenkapital unterlegt werden.
- Bei der Verbriefung von Krediten (Kreditverkäufe), muss der Verkäufer mit einem bestimmten Anteil in der Verantwortung bleiben.

**Herausgeber**

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin  
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | [info@cdu.de](mailto:info@cdu.de) | [www.cdu.de](http://www.cdu.de)